

Rückblick 2010: **Position beziehen – Druck erhöhen**

von Reinhild Benning

Die große Entscheidung zur Agrarreform nach 2013 steht zwar noch bevor, doch im Jahr 2010 haben alle schon einmal Position bezogen. Zahlreiche Erklärungen und Positionspapiere erreichten die Kommission, die ihrerseits eine „breite Debatte“ angezettelt hat. Zum ersten Mal richtete sie zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ein Konsultationsverfahren im Internet ein, bei dem Bürgerinnen und Bürger auf vier Fragen zur Reform ihre Ansichten einreichen konnten. Die Beteiligung war nach Aussagen der Kommission höher als bei vergleichbaren Konsultationen. Besonders viele Zuschriften kamen aus Deutschland und Polen. Entgegen der einhelligen Position von Deutschem Bauernverband und Bundesregierung ist die Mehrzahl derer, die sich am Konsultationsverfahren beteiligten, der Ansicht, dass eine Reform der GAP notwendig ist. Es kann als gutes Zeichen gewertet werden, dass die Kommission zur gesellschaftlichen Debatte einlädt. Es liegt aber auch eine Herausforderung darin: Es gilt den Druck für weitreichende Reformen in der öffentlichen Diskussion aufrechtzuerhalten und zu verstärken, je näher wir dem Zeitpunkt der Entscheidung über die Reform der EU-Agrarpolitik nach 2013 kommen.

*Einladung zur
gesellschaftlichen
Debatte*

Was fordern die Verbände?

In Deutschland haben sich die kritischen Nichtregierungsorganisationen zum einen zum Papier der Plattformverbände zusammengeschlossen mit Forderungen zum Umwelt-, Tierschutz und zur bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft. Zum anderen liegt ein Positionspapier des Forums Umwelt und Entwicklung vor, das mehr die notwendigen Reformschritte für Entwicklung und Hungerbekämpfung betont. Einig sind sich die Organisationen darin, dass eine tiefgreifende Reform notwendig ist. Übereinstimmend fordern sie, die Gelder an Leistungen für öffentliche Güter zu koppeln wie Umwelt und Arbeitsplatzert, die Marktregeln so umzugestalten, dass faire Preise für eine nachhaltige Erzeugung weltweit gesichert werden und die gesetzlichen Standards so anzuheben, dass umwelt- und entwicklungsschädliche Auswirkungen endlich unterbunden werden. Die Agrarumweltmaßnahmen sollen nicht länger „Ausgleich“ sein für Schäden, die im Rahmen der Ersten Säule entstehen, sondern sie sollen einen wirksamen Anreiz für besonders hohe Umweltleistungen bieten. Besonders von den Umweltverbänden wird die Forderung erhoben, zehn Prozent der Fläche jedes Betriebes als ökologische Vorrangfläche vor allem für den Schutz der Artenvielfalt zu gewinnen. Die Maßnahme grün-

*Tiefgreifende
Reform notwendig*

det auf der Stellungnahme des Sachverständigenrates für Umweltfragen und ist notwendig angesichts der fehlenden Vernetzung von Biotopen und dem fortschreitenden Verlust verschiedener Biotoptypen in der Agrarlandschaft (1).

Im Sommer 2010 zeichneten sich in der europaweiten Debatte bereits Konsensmöglichkeiten ab – zumindest im Sprachgebrauch:

Öffentliche Gelder ...

- Der Slogan vieler Verbände „Public Money for Public Goods“ (zu deutsch: „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“) wird mittlerweile von allen politischen Parteien als Leitmotiv genutzt. Einziger Wehrmutstropfen: jede Partei definiert die öffentlichen Güter auf ihre Weise ...
- Einig sind sich die Verbände auch darin, dass die Exportsubventionen abzuschaffen sind. Einschränkung: Dieses allgemeine Urteil wird von der Ernährungsindustrie nicht geteilt. Zudem sind *indirekte* Subventionen, die dem Export zugute kommen (wie Direktzahlungen für Futterflächen, Stallbausubventionen und Investitionsförderungen direkt an exportorientierte Molkereien und Schlachthöfe) leider bisher nicht als Exportsubventionen definiert.
- Die Gelder aus dem EU-Agrartopf sollen gezielter verteilt und die extremen Unterschiede bei den Direktzahlungen je Hektar zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten verringert werden. Pauschale Direktzahlungen stehen damit grundsätzlich in Frage.

Was sind „Public Goods“?

Für das Jahr 2010 hatten sich Bundesregierung und EU einige konkrete Zielmarken für eine nachhaltige Entwicklung gesetzt. Darüber hinaus sind auch für 2015 und 2020 Umweltschutzziele vereinbart. Es fehlen jedoch agrarpolitisch verbindliche Maßnahmen, um die folgenden Ziele, die von der EU und von Deutschland ratifiziert wurden, auch in der Fläche zu erreichen:

1. Biodiversitätsverluste stoppen

Ziel der Konvention zum Artenschutz war der Stopp des Biodiversitätsverlustes bis 2010. Dieses Ziel wurde verfehlt, nicht einmal das Tempo des Artenverlustes wurde gebremst. Zu den Hauptursachen für diese Entwicklung zählen Überdüngung, Pestizide und Verlust von Landschaftsstrukturen. Die Losung der Bundesregierung „Weiter wie bisher, nur intensiver“ läuft dem Ziel zuwider, die Biodiversitätsverluste zu stoppen (das nun auf 2020 verschoben wurde). In dem Indikatorenbericht zur Nationalen Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung zeigt sich, dass die Agrarpolitik die selbst gesetzten Ziele in keinem Kriterium erreicht und nur beim Ökolandbau überhaupt eine Entwicklung in die angestrebte Richtung sichtbar ist (siehe hierzu den Beitrag von Heidrun Heidecke in diesem Kapitel S. 179–183).

... nur für öffentliche Güter

2. Hunger bekämpfen

Das Millenniumsziel lautet: Die Zahl der Hungernden soll sich bis 2015 halbieren. Stattdessen stieg jedoch die Zahl der Hungernden bis 2010 und verharrt auf hohem Niveau. Die Importabhängigkeit der Agrarwirtschaft hinsichtlich Eiweißfuttermitteln aus Südamerika und Südostasien verschärfen das Problem ebenso sehr wie die Dumpingexporte von tiefgefrorenem Hühner- und Schweinefleisch.

3. CO₂-Emissionen senken

Das EU-Klimapakete von 2008 sieht vor, die CO₂-Emissionen aus der Landwirtschaft bis 2020 um zehn Prozent zu senken. Die Bundesregierung will sogar 20 Prozent erreichen. Ohne Senkung der Fleischerzeugung ist dies nicht möglich. Eine Ausweitung der Fleischerzeugung, wie sie zurzeit zu beobachten ist, widerspricht diesem Klimaziel eklatant.

4. Gewässer schützen

Ziel der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie ist es, bis 2015 die Gewässer in einen „guten Zustand“ zu bringen. Für viele Gewässer ist die Zielerreichung nicht in Sicht, insbesondere in landwirtschaftlich intensiv genutzten Regionen mit hoher Viehdichte. Das öffentliche Gut Wasser kann nur mit verbindlichen Umweltregeln in der landwirtschaftlichen Praxis in einen guten Zustand gebracht wer-

den. Rein freiwillige Programme haben offensichtlich versagt. Das gilt auch für das Ziel, die Überdüngung zu senken: Die Bundesregierung hat sich selbst ergänzend in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziele gesetzt, dass die Überdüngung bis 2010 auf 80 Kilogramm Stickstoff pro Jahr und Hektar sinken und der Ökolandbau auf 20 Prozent der Agrarfläche ausgeweitet werden sollte. Beide Ziele wurden verfehlt. Dabei hätte uns die Zielerreichung gerade hinsichtlich Biodiversität und Wasserschutz entscheidende Schritte voranbringen können.

5. Ammoniak-Emissionen senken

Die EU-Richtlinie verpflichtet Deutschland, die Ammoniak-Emissionen bis 2010 auf 555 Kilotonnen pro Jahr zu senken. Das Ziel wird massiv verfehlt. 95 Prozent der Ammoniakemissionen, die als Vorstufe von Klimagasen gelten, stammen aus der intensiven Tierhaltung. Alternative Haltungsverfahren emittieren weniger, unter anderem weil die Stalltemperatur im Jahresmittel niedriger ist.

6. Märkte stabilisieren

Die EU-Verträge enthalten explizit das Ziel der Marktstabilisierung. Die Ausrichtung der Agrarwirtschaft auf den Weltmarkt dagegen geht einher mit starken Preisschwankungen, die zudem vom jeweiligen Erdölpreis beeinflusst sind. Es fehlen Reglementierungen gegen Spekulationsgeschäfte mit Lebensmitteln. Die geplante ersatzlose Streichung der Milchquote widerspricht ebenfalls dem Ziel der Marktstabilisierung.

7. Einkommen im ländlichen Raum stabilisieren

Die Kommission will auf der einen Seite, dass die Agrarzahlungen auch der Einkommensstabilisierung dienen, auf der anderen Seite aber prognostiziert sie, dass im Zuge des Strukturwandels bis 2014 rund sechs Millionen Arbeitsplätze in ländlichen Räumen Europas verloren gehen (2). Die voranschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft, sowohl in der Geflügel- und Schweinehaltung als auch zunehmend in der Rinder- und Milchviehhaltung, führt zu einer Konzentration der Betriebe, die mit fortschreitendem Arbeitsplatzabbau verbunden ist. Die verfehlt Milchpolitik stellt die Existenz vieler bäuerlicher Milchviehhalter und ihrer Familienarbeitskräfte in Frage. Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum muss daher mit gezielten Strukturmaßnahmen verbunden werden, die gleichzeitig ökologische und Tierschutzleistungen sicherstellen.

Diese Liste der Diskrepanzen zwischen eigenen Ansprüchen und festen Vereinbarungen der EU-Staaten einerseits und der derzeitigen Agrarpolitik andererseits könnte noch fortgesetzt werden – etwa hinsichtlich Verbraucherschutz und Gentechnik oder Tierschutz.

**Diskrepanzen
zwischen Anspruch
und Wirklichkeit**

Was will die Kommission?

Im Oktober 2010 ließ die EU-Kommission schon einmal erste Thesen für die Reform durchsickern. Sie spricht von einem notwendigen „Greening“ der EU-Agrarpolitik. Erfreulicherweise finden sich in dem „Non-Paper“ zentrale Forderungen der Plattformverbände wie eine verbindliche Kopplung der Direktzahlungen an Umweltleistungen und eine Deckelung der Zahlungen in Abhängigkeit von der Zahl der Beschäftigten auf den Betrieben. Dass die EU-Kommission dennoch auf ihrem neoliberalen Weg bleibt, spiegelt sich darin wider, dass sie Agrarmärkten keine verbindlichen neuen Regeln für faire Erzeugerpreise geben will. Stattdessen nennt sie Einkommensstützung für Bauern als Ziel bzw. Zweck der Agrargelder sowohl in der Ersten Säule als auch in der Zweiten Säule (mit der künftig Einkommensrisiken stärker abgedeckt werden sollen). Lyrisch bleiben dagegen die Ausführungen der Kommission bei politischen Instrumenten zur Verbesserung der Marktmacht der Erzeuger oder bei transparenten Kennzeichnungsregeln für Verbraucher, mit denen nachhaltig erzeugte Lebensmittel bessere Marktchancen erhalten würden.

**„Grün“
und neoliberal?**

Erinnern wir uns an die Proteste der Milchbauern: Nachdem beim Health-Check wieder einmal ein paar Millionen Fördergelder für Milchbetriebe beschlossen wurden, klebten sie sich auf einer Demonstration symbolisch 5-Euro-Scheine auf den Mund. Als Schweigegehd bezeichneten sie die Milchprogramme, die je Liter Milch kaum einen Cent brachten, und lehnten diese Einkommens-

Almosen vom Staat ab. Sie forderten und fordern auch für die anstehende Agrarreform, dass der Markt politisch so gestaltet ist, dass sie vom Verkauf ihrer Produkte leben können – und nicht aus der Hand des Steuerzahlers. Dafür muss die Überproduktion gesenkt werden und die Bauern müssen die Milchmenge EU-weit selbst regeln dürfen. Auch aus Umweltsicht ist dies ein unumgänglicher Schritt, der erstritten werden muss. Denn selbst wenn auf zehn Prozent der Fläche jedes Betriebes Naturschutzmaßnahmen zum Erhalt der Biodiversität eingeführt werden, kann auf dem Rest der Fläche immer noch hochintensiv für Milchseen, Butter- und wachsende Fleischberge gewirtschaftet werden, die die Preise auch für bäuerliche Betriebe ruinieren. Realpolitisch gesehen scheint es weit schwerer zu sein, im Zuge der Agrarreform die Marktregeln zu ändern als einige Umweltauflagen durchzubringen. Dennoch gilt es bei beidem nicht locker zu lassen.

Die Bundesregierung blockiert – die Bewegung demonstriert

Der Sprung der deutschen Exportförderung von etwas über drei Millionen auf zehn Millionen Euro im Haushalt des Landwirtschaftsministeriums ist zwar ein inhaltliches Bekenntnis zur politischen Ausrichtung der Bundesregierung. Doch in der Öffentlichkeit verweigerte die Bundesregierung geradezu die Debatte um Inhalte der Agrarreform. Ob in Anhörungen oder auf Tagungen: das Landwirtschaftsministerium spricht annähernd ausschließlich über Geld. Geld, das in Deutschland bleiben soll, und zwar als pauschale Direktzahlungen. Das macht auch aus Sicht der deutschen Ernährungsindustrie Sinn. Wenn direkte Exportsubventionen nach 2013 wegfallen sollten, gilt es aus Sicht der exportfixierten Industrie wenigstens die Steuergelder zu sichern, die an die Bauern gehen und damit direkt in die Produktionskette einfließen. Dieses Geld kann den Bauern dann bei der Bezahlung ihrer Rohstoffe schon einmal abgezogen werden. Und Bauern eignen sich viel besser dazu, Geld vom Steuerzahler lockerzumachen, als Exportabsichten dies könnten. Das Argument, mit den Direktzahlungen würde zur Einkommenssicherung der Landwirte beigetragen, ist daher grundsätzlich zu hinterfragen, wenn es um pauschales Geld für die Erzeugung von Massenwaren geht. Das lehrt schon die Erfahrung aus der Vergangenheit.

***Bundesregierung
bleibt ebenso
exportfixiert ...***

Wer aus Sicht des Agrarministeriums relevant ist, zählt die Agrarministerin in einer Rede am 17. Juni 2010 vor der Industrie brav auf:

„Die deutschen Unternehmen nehmen eine Spitzenposition ein beim Export

- von Fleischwaren,
- von Milcherzeugnissen,
- von Produkten der Tier- und Pflanzenzucht,
- der Agrarchemie und
- der Landtechnik.

Damit ist klar: Der Außenhandel ist für unsere Agrar- und Ernährungswirtschaft ein festes Standbein. Er sorgt für Stabilität. Der Export ist für unsere Unternehmen eine lohnenswerte Perspektive, auch weil der Absatz auf dem Inlandsmarkt seit zehn Jahren stagniert“ (3).

Leider findet sich dieses Bekenntnis zur Exportfixierung auch im Papier der EU-Kommission für die Agrarpolitik nach 2013.

***... wie die
EU-Kommission***

Nachdem die CMA (Centrale Marketing Agentur) der deutschen Agrarwirtschaft im Jahr 2009 für unrechtmäßig erklärt und abgeschafft wurde, fehlte das Finanzierungsinstrument, um mit Bauerngeld die Interessen der Industrie zu finanzieren. Nach langem Ringen, wie viel der Staat und wie wenig die Industrie selbst finanziell beiträgt, haben sich beide nach umständlichen, eigentlich richtig peinlichen Intermezzi 2010 auf die Gründung der GEFA (German Export Association for Food and Agriproducts GEFA e.V.) mehr oder minder geeinigt. Es ist geradezu unterhaltsam, die verhuschte Kommunikation von Staatssekretär Dr. Gerd Müller, Exportbeauftragter der Bundesregierung, und Dr. Franz-Georg von Busse, Sprecher der GEFA, zu lesen. Zeugt sie doch davon, dass die Industrie sich weit mehr Geld von der Regierung versprochen hat und nicht nur die Ansage, die Förderung sei degressiv angelegt und so offen könne man halt nur begrenzt Exporte fördern: „Derzeit sind mehr als 55 Projekte mit einem Volumen von gut zwei Millionen Euro für 2011 in der Planung“, ergänzt

Willi Meier, stellvertretender Sprecher der GEFA, mit Hinweis darauf, dass ein wesentlicher Teil der Projektfinanzierung von der Wirtschaft verfügbar gemacht wird (4). Zwei Millionen Euro sind eine Menge Geld, doch gemessen an den rund 100 Millionen pro Jahr, die zuvor die CMA eingetrieben hat, wird die GEFA wohl kaum als Erfolg für die Wirtschaft zu verbuchen sein. Wie hoch der Anteil der Industrie ist, darüber schweigt sich die GEFA aus.

Wegweisend und erschütternd dagegen liest sich die Kampfansage an Erzeuger in Entwicklungs- und Schwellenländern: „Zu den attraktiven Märkten zählen anhand der erhobenen makroökonomischen Kennzahlen vor allem die BRIC-Staaten, die Länder in Süd-Ost-Asien sowie die Märkte in Mittel- und Südamerika.“ (5) Wird den deutschen Bauern noch weisgemacht, ihr Schweinespek ginge hauptsächlich ins kalte Russland, zeigt sich hier, dass die zahlungskräftigen Schichten in den ärmsten Regionen nicht von dortigen Kleinbauern, sondern perspektivisch von der deutschen Agrarindustrie beliefert werden sollen.

Es kann als Erfolg der NGOs, insbesondere der Entwicklungsorganisationen angesehen werden, dass es auch 2010 keine 1:1-Fortsetzung der Exportaktivitäten mit Staatsgeldern aus dem Bundeshaushalt gibt. Anlass zur Entwarnung gibt es unterdessen nicht. Die EU-Kommission hat in ihrer „Strategie 2020“ ihre neo-liberale Haltung nochmals bekräftigt, wenn sie das GEFA-Ziel auch auf ihre Fahnen schreibt: „Ein Teil des Wachstums, das Europa im kommenden Jahrzehnt erzielen muss, wird von den Schwellenländern kommen müssen, deren aufstrebende Mittelschichten Waren und Dienstleistungen einführen, bei denen die Europäische Union über komparative Vorteile verfügt.“ (6) Die komparativen Vorteile im Agrarsektor bestehen sicher nicht im europäischen Agrarmodell der multifunktionalen Landwirtschaft. Diese ist nämlich zu Weltmarktpreisen gar nicht zu haben. Genau diese Aussage hat übrigens auch der Deutsche Bauernverband in Person von Adalbert Kienle, Vize-Generalsekretär des DBV und Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, unterzeichnet, was dem DBV gar nicht oft genug unter die Nase gerieben werden kann (7). Entweder der Bauernverband steht zur multifunktionalen Landwirtschaft oder er dringt auf Weltmarktorientierung. Beides geht nicht.

**Kampfansage
an die Kleinbauern
im Süden**

**Neoliberale
Haltung bekräftigt**

Fleischboom geht weiter

Das Jahr 2010 war gekennzeichnet von härter werdenden Auseinandersetzungen in den Dörfern über die Ausweitung der Fleischerzeugung. Die Wachstumsschritte vieler Betriebe stellen häufig eine Verdoppelung des Bestandes dar, während in den Jahren zuvor moderatere Ausweitungen zu beobachten waren. Die landwirtschaftlichen Fachzeitschriften predigen massiven Optimismus für den Export, der sich wie bei der Milch jedoch meist als Zweckoptimismus aus der Kategorie „Propaganda“ herausstellte. Faktisch stieg zum Beispiel der Selbstversorgungsgrad bei Geflügel in Europa auf 103,6 Prozent (8), während der Export stagnierte. Die deutsche Geflügelerzeugung stieg gegenüber 2009 um 2,3 Prozent auf fast zwölf Millionen Tonnen (9).

Besorgniserregend ist unterdessen, dass der Antibiotikaeinsatz erheblich steigt. Ein bundesweites, transparentes Antibiotika-Monitoring gibt es (noch) nicht. Nur aus Niedersachsen liegen Zahlen vor: Wurden dort vor zehn Jahren noch im Schnitt 1,7 Antibiotika-Behandlungen pro Mastdurchgang registriert, sind es aktuell 2,3 Behandlungen (10) und das, obwohl die antibiotische Leistungsförderung seit 2006 verboten ist. Nun geben sogar Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums nach Recherchen des NDR zu: „Ohne Einsatz der Mittel schafften es die Hühner in großen Ställen häufig nicht, bis zum Ende ihrer Mastzeit zu überleben.“ (11)

**Mehr Fleisch –
mehr Antibiotika**

Heimische Versorgung mit Futtermittel auf der Agenda

Alle wollen sie, die Proteinstrategie: Agrarministerin Aigner, Bayerns Landwirtschaftsminister Brunner, das Europäische Parlament und natürlich die Umwelt- und Entwicklungsverbände. Während die Bundesregierung es weitgehend bei der Forderung beließ, verfasste das Europäische Parlament unter Federführung von Biobauer und EU-Parlamentarier Martin Häusling (Die Grünen) einen Bericht über das eklatante Defizit in der Selbstversorgung mit Futter-Eiweiß und fordert einen Akti-

onsplan zur stufenweisen Erhöhung der Selbstversorgung (siehe hierzu auch den Artikel von Martin Häusling in diesem Agrarbericht, S. 32–35). Noch ist der Bericht des Agrarausschusses im Parlament nicht verabschiedet (geplant für März 2011). Bisher scheint jedoch keine der Fraktionen einer möglichen Verabschiedung im Plenum ernsthaft entgegenzutreten zu wollen. Das wäre ein gewaltiger Fortschritt, zumal die EU-Kommission die Anhebung der heimischen Proteinversorgung noch in die Legislativvorschläge zur Agrarreform aufnehmen könnte, die für Juni 2011 erwartet werden.

Mehr heimisches Eiweiß gefordert

Die Vorteile einer solchen Proteinstrategie liegen auf der Hand: Heimisches Eiweiß könnte den Import von überwiegend gentechnisch veränderter Soja reduzieren. Gleichzeitig würde hierzulande die Fruchtfolge um Leguminosen und andere Eiweißträger erweitert werden können. Klee gras und Mischfruchtanbau (etwa Getreide plus Leguminosen) könnten eine Renaissance erleben mit positiven Wirkungen für Boden-, Wasserschutz und Klima. Pro Hektar Körnerleguminosen können bis zu 200 Liter Erdöl eingespart werden (12), die anderenfalls für die mineralische Stickstoffbereitstellung aufgewendet werden müssten. Daher ist der Leguminosenanbau ein Schlüsselfaktor für den Nutzungswechsel von fossilen zu erneuerbaren Ressourcen in der Landwirtschaft. Dies gilt insbesondere, wenn fossile Energie – wenn auch nur langsam – teurer wird.

In gewissem Umfang könnte auch der Druck zur Ausweitung von Sojaplantagen in den Ländern des Südens verringert werden. Insgesamt würde mit einer Steigerung der Protein-Selbstversorgung der permanente Stickstoffüberschuss auf den Äckern in Deutschland, der zu 66 Prozent aus Mineraldünger und zu 21 Prozent aus Tierfutterimporten stammt (13), erheblich gesenkt werden. Zudem soll im Zuge der Proteinstrategie ein bedeutender Teil der Wertschöpfung im Futtermittelsektor von Cargil, Bunge, ADM und anderen, die bislang am Sojahandel verdienen, verschoben werden hin zu den heimischen Produzenten.

Bioenergie auf Irrwegen

Der Begriff „Landgrabbing“ gewann im Jahr 2010 an Popularität. Staaten und Unternehmen kaufen insbesondere in vergleichsweise armen Ländern ganze Areale auf, um dort vor allem Plantagen für Futtermittel und Agrokraftstoffe anzulegen. Der Landraub geht häufig mit eklatanten Menschenrechtsverstößen wie Vertreibung, Drohungen bis hin zu Mord einher. Das von „Brot für die Welt“ und FIAN herausgegebene *Jahrbuch zum Menschenrecht auf Nahrung 2010* zeigt detailliert auf, wie durch Landgrabbing der Hunger in Afrika, Asien und Lateinamerika verschlimmert wird. Eine Studie von FIAN, die in *Report Mainz* vorgestellt wurde, belegt, dass sich 30 deutsche Firmen und Banken am Landgrabbing beteiligen. Herausragend sei die Rolle der Deutschen Bank dabei. Über ihre Fondsgesellschaft DWS investiere sie etwa eine Viertelmilliarde Euro in Firmen, die am Landraub beteiligt seien (14).

Neue Studie: Agrosprit als Klimakiller

Einer der Treiber für das rasant zunehmende Landgrabbing ist der Beimischungszwang der EU für Agrosprit. Bis 2020 sollen zehn Prozent des Spritverbrauchs in Europa aus Agrarkraftstoffen stammen. Die Fläche dazu fehlt allerdings in Europa. Eine Studie von neun Umweltverbänden mit Vertretungen in Brüssel beziffert den Anteil des 2020 benötigten Agrosprits, der direkt aus Nahrungsmittelpflanzen stammt, auf 92 Prozent. Um die gewaltigen Mengen bereitzustellen, würden bis zu 6,9 Millionen Hektar Urwald und Weideland in Acker umgewandelt. Das entspricht der doppelten Fläche Belgiens bzw. weit mehr als der Hälfte aller Ackerflächen (knapp zwölf Millionen Hektar) in Deutschland. Die Studie untersuchte insbesondere die Klimawirkung der indirekten Landnutzungsänderung, die mit der Ausweitung der Plantagenwirtschaft für Agrosprit einhergeht. Demnach verursacht der Beimischungszwang in der vorgesehenen Größenordnung bis 2020 zusätzlich 27 bis 56 Millionen Tonnen Treibhausgase. Dies entspricht einer zusätzlichen Klimabelastung von 81 bis 167 Prozent gegenüber der Verwendung fossiler Treibstoffe (15). Agrosprit ist damit als regelrechter Klimakiller ausgewiesen.

Die Studie erschien nicht zufällig im Herbst 2010, kurz bevor die EU-Kommission ihren Bericht zu indirekten Landnutzungsänderungen in Folge der Agrospritpolitik vorlegt. Der Bericht lässt zu Redaktionsschluss noch auf sich warten und leider inhaltlich nichts Gutes erwarten. Es ist zwar möglich, die Klimaemissionen aus indirekter Landnutzungsänderung für einzelne Agro kraftstoffe zu errechnen (16). Doch wenn die EU-Kommission die damit einhergehenden Klimaschäden an-

erkennen würde, so müsste sie die Beimischungsziele senken oder eher noch fallen lassen. Die Studien wurden medial viel beachtet. Landgrabbing oder auch Landnahme bzw. Landraub sind ein Thema. Die NGOs haben also den ersten Schritt geschafft. Nun gilt es, die Kommission weiter unter Druck zu setzen, damit die Beimischungsziele fallen. Dies ist umso wichtiger, als das die viel beschworenen Biokraftstoffe der zweiten Generation mindestens noch bis 2020 mit der Praxistauglichkeit auf sich warten lassen, wenn sie diese überhaupt je erreichen.

Dass auch deutsche Firmen am Landgrabbing in Afrika für Agrosprit beteiligt sind, zeigte eine Studie von Friends of the Earth Europe (17). Demnach geht es nicht um kleine Areale, die hier und dort für unseren Spritbedarf genutzt werden. Sondern allein die Münchener Firma Flora EcoPower nutzt in Äthiopien 56.000 Hektar für die Agrospritproduktion unter anderem aus Jatropha und sicherte sich darüber hinaus vor Ort den Zugriff auf weitere 200.000 Hektar. Gegenüber der *tageszeitung* (taz) gab die Firma zu, dass die Flächen grundsätzlich auch für den Lebensmittelanbau genutzt werden können, allerdings erst nach der Nutzung für Agrosprit (18).

**Landraub
durch deutsche
Firmen**

Konfuses Energiekonzept der Bundesregierung

Die Bundesregierung versucht hartnäckig, das Problem zu ignorieren. Stattdessen legte sie 2010 ein Energiegutachten in Zusammenhang mit ihrem Energiekonzept vor, das für 2050 satte 85 Prozent Agrokraftstoffanteil vorsieht (19). Die bis dahin nicht als unseriös geltenden Institute Prognos, EWI und GWS, die das Gutachten verfasst haben, ernteten neben großer Verwunderung auch harsche Kritik aus Fachkreisen für diesen Ansatz. Nicht zuletzt weil die Gutachter voraussetzen, dass Agrokraftstoffe der zweiten und dritten Generation aus Lignozellulosen auf Reststoffebasis oder Algen die Grundlage für die gigantische Beimischungsmenge bilden sollen. Der Haken: Es gibt diesen Synthesprit bisher weltweit noch gar nicht. Auf welcher Fläche die Biomasse für die Agrokraftstoffe und für andere von der Bundesregierung vorgesehene Verwendungen wachsen soll, bleibt offen. Unterdessen wird der faktische Ausbau leider ganz und gar nicht auf virtuellen Flächen vorangetrieben.

Das Energiekonzept der Bundesregierung zeigt vor allem eines: Konzeptlosigkeit. Und den Willen, dass Fahrzeugindustrie und Verkehr weiterhin so klimaschädlich bleiben dürfen wie bisher. Gleichzeitig drohen die selbst gesteckten Klimaziele der Bundesregierung zu nicht ernsthaft hinterlegten Beschwörungsformeln zu verkommen. Die Musik auf der *Titanic* soll weiterspielen und sei es zunächst auf Kosten der Ärmsten und des Klimas. Auch wenn die Laufzeitverlängerung für die Atomkraft den größten Protest seit Jahren auf die Straße gebracht hat, so sind die Agrokraftstoffziele doch zumindest auch in den Medien stark unter Beschuss geraten.

**Konzeptlose
Politik statt
Klimaschutz**

EEG-Novelle 2012 – Kern erhalten, aber ökologisch qualifizieren

Die von Kabinett und Bundestag beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wirkt sich auch auf die Bioenergie aus. Atomstrom bleibt zunächst länger billig, regenerative Energien werden weniger gefördert und haben es entsprechend schwerer. Beim EEG, das zum 1. Januar 2012 novelliert werden soll, könnte es daher ums große Ganze gehen. Gleichzeitig drängen Umweltverbände und zunehmend auch Bürgerinitiativen auf eine Ökologisierung des EEG insbesondere hinsichtlich der Praxis in der Biogaserzeugung. Zudem muss aus Umweltsicht die Verbrennung von importierten Kraftstoffen wie Palmöl in Blockheizkraftwerken problematisiert werden.

In vielen Regionen hat sich eine regelrechte Anti-Biogasbewegung gegründet. Bei näherer Betrachtung zielen die Attacken seitens der Bevölkerung gegen Biogas allerdings eher darauf ab, die „Vermaisung“ ganzer Landstriche zu stoppen. Um mehr als zehn Prozent hat die Maisfläche gegenüber 2009 auf etwas mehr als 2,3 Millionen Hektar zugenommen (siehe Tab. 1). In 15 Landkreisen in Deutschland beträgt der Maisanteil 50 Prozent der Ackerfläche (20). Die Kritik aus Bauernreihen strebt an, die Pachtpreise im Rahmen zu halten. Dass die Wogen hochschlagen ist verständlich. Der Naturschutz sagt mit Recht, dass eine nicht umgebrochene Grünlandfläche oder eine gepflegte Brache mehr Klimaschutz in Form von Kohlenstoffbindung leistet als Biogas-Maisanbau auf der gleichen Fläche nach dem Umpflügen. Der Handlungsbedarf ist daher aus Umweltsicht unstrittig.

**„Vermaisung“
der Landschaft
stoppen**

Tab. 1: Maisanbaufläche Deutschland in Hektar, 2009 und 2010 (vorläufig) nach Bundesländern und Nutzungsrichtung in Hektar

Bundesland	Körnermais einschl. Corn-Cob-Mix			Silomais			Anbaufläche insgesamt		
	2009	2010	Diff. %	2009	2010	Diff. %	2009	2010	Diff. %
Baden-Württemberg	71.400	74.000	3,6	94.000	105.000	11,7	165.400	179.000	8,2
Bayern	113.100	138.300	22,3	356.500	392.100	10,0	469.600	530.400	12,9
Berlin								0	
Brandenburg	18.700	15.600	-16,6	143.800	155.000	7,8	162.500	170.600	5,0
Bremen								0	
Hamburg								0	
Hessen	5.400	6.600	22,2	33.300	35.800	7,5	38.700	42.400	9,6
Mecklenburg-Vorpommern	5.400	6.300	16,7	119.400	131.800	10,4	124.800	138.100	10,7
Niedersachsen	100.000	84.700	-15,3	374.700	457.400	22,1	474.700	542.100	14,2
Nordrhein-Westfalen	105.100	106.100	1,0	151.600	166.100	9,6	256.700	272.200	6,0
Rheinland-Pfalz	7.600	7.600	0,0	26.200	26.500	1,1	33.800	34.100	0,9
Saarland	200		-100,0	3.500	3.600	2,9	3.700	3.600	-2,7
Sachsen	14.100	11.200	-20,6	67.500	71.700	6,2	81.600	82.900	1,6
Sachsen-Anhalt	18.300	18.300	0,0	79.600	99.700	25,3	97.900	118.000	20,5
Schleswig-Holstein	1.200		-100,0	147.600	163.700	10,9	148.800	163.700	10,0
Thüringen	3.800	3.200	-15,8	48.100	49.900	3,7	51.900	53.100	2,3
Bundesgebiet	464.300	471.900	1,6	1.646.700	1.858.200	12,8	2.111.000	2.330.100	10,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Dennoch ist Biogas nur ein Kristallisationspunkt, nicht aber der einzige Übeltäter. Grünlandumbruch und Expansion von Maisflächen sind auch in Regionen zu beobachten, in denen kaum Biogasanlagen gebaut werden. Der Hintergrund: Die Investitionen in Schweineställe gehen mit einem steigenden Körnermaisbedarf einher. Viele Betriebe bauen zudem Mais oder Getreide an und verkaufen die Ernte gerade in Zeiten besserer Preise wie im Jahr 2010 auf dem freien Markt. Unter dem Strich resultiert die zunehmende Vermaisung daher vornehmlich aus drei Faktoren: *Erstens* der hohe Energieertrag je Hektar bei Biogasverwertung mit Belohnung durch den ökologisch nicht differenzierten EEG-Nawaro-Bonus. *Zweitens* die Ausweitung der Fleischerzeugung und *drittens* gestiegene Preise für Körnermais. Im Jahr 2009 wies das deutsche Maiskomitee Energiemais als den größten Treiber für die Ausbreitung der Maisflächen aus. Für 2010 liegen noch keine definitiven Zahlen vor. Vermutlich nimmt Energiemais weiterhin die traurige Führungsrolle ein.

Mehr Mais – auch ohne Biogas

Im Gegensatz zu Vieh fressen Bakterien in der Biogasanlage eine ganze Bandbreite von Biomassen. Das bedeutet, dass der Nawaro-Bonus, würde er an extensives Grünland und an eine breite Fruchtfolge mit ausgeglichener Humusbilanz gekoppelt, wie ein Agrarumweltprogramm wirken könnte. Darauf sollten die Umweltverbände bei der EEG-Novelle abzielen. Den Nawaro-Bonus zu streichen, würde noch keine ökologische Differenzierung in die eingesetzten Stoffe bringen, weil Mais der energetisch attraktivste Rohstoff für Biogasanlagen bliebe. Reststoffe erhielten zwar bei Streichung des Nawaro-Bonus ebenfalls eine größere Attraktivität. Der Einfluss auf die Fruchtfolgegestaltung allerdings wäre verspielt. Eine ökologische Differenzierung wäre daher nach Ansicht der Autorin zielführender.

Bis zur EEG-Novelle haben Bürgerinitiativen und Umweltverbände nur eingeschränkte Möglichkeiten, die Ausweitung von Maiswüsten in ihren Regionen zu bremsen. Sie können das direkte Gespräch mit dem Landwirt suchen. Oder Verpächter dazu animieren, in Pachtverträge Klauseln aufzunehmen, die den Maisanbau zum Beispiel auf alle drei Jahre begrenzen. Die Forschung zu alternativen Fruchtfolgen kommt leider nicht in ausreichend schnellem Tempo voran, um den inzwischen zu Maisexperten entwickelten Landwirten vergleichbare Alternativen anzubieten. Gleichwohl brachten Versuche etwa mit Wildkräutermischungen und durchwachsener Silphie im Jahr 2010 vielversprechende Resultate für die Biogaserzeugung. Letztlich ist der Nawaro-Bonus in Kombination mit Mais für die meisten Biogasbetriebe nicht überlebensnotwendig. Ein Extensiv-Bonus in obligatorischer Kombination mit etwas weniger ertragreichen, vielfältigen Früchten, dem Verbot von Pestiziden und der Senkung der Düngung würde kaum einem Betrieb das Genick brechen und könnte gleichzeitig den heutigen Nawaro-Bonus in eine Agrarumweltprämie ummünzen.

Verwunderung löst hier die sich abzeichnende Position des Deutschen Bauernverbandes unter Biogasbauern aus. Der DBV spricht von Überförderung und arbeitet offenbar vorsichtig an einer Kommunikationsstrategie, mit der er Bauern und Bäuerinnen die Streichung des Nawaro-Bonus und damit einer Einkommensquelle als eine Leistung des Verbandes verkaufen könnte. Hintergrund dürfte sein, dass der Bauernverband der Ernährungsindustrie nun einmal näher steht als den Bauern. Biogas als alternative Einkommensquelle für Betriebe stellt aus Sicht der Ernährungsindustrie eine Konkurrenz dar zur Lebensmittelproduktion. Gäbe es den Nawaro-Bonus nicht, würde manch ein Landwirt bei der Milch- und Fleischerzeugung bleiben und Investitionen in weitere Ställe stecken. Biogasanlagen sind oft verhinderte Schweine- oder Geflügelställe. Landwirte aus dem Münsterland berichten, dass sie parallele Bauanträge stellen und sich oft je nach Zuverlässigkeit der Verdienstmöglichkeiten für einen Stall oder eine Biogasanlage entscheiden. Der Nawaro-Bonus ist zwar nur eine Größe unter vielen wie etwa, ob über den Verkauf der Wärme aus der Biogasproduktion Gewinn erzielt werden kann. Doch aus Umweltsicht ist derzeit die Biogasanlage dem Stall vorzuziehen, gerade weil sie mehr Flexibilität in der Fruchtfolge ermöglicht. Diese theoretische Flexibilität muss mit der EEG-Novelle und einem ökologisch differenzierten Bonus in handfeste Anreize umgewandelt werden.

**Nawaro-Bonus
ökologisch
differenzieren**

Anmerkungen

- (1) www.umweltrat.de/ctn_135/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2009_11_Stellung_14_GAP.html.
- (2) COM 857 final, 21st December 2006, "Employment in rural areas: closing the jobs gap" {SEC(2006)1772}.
- (3) Rede von Agrarministerin Ilse Aigner zum Zweiten Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungsindustrie am 17. Juni 2010, Berlin (www.bmelv.de/SharedDocs/Reden/2010/06-17-AI-Aussenwirtschaftstag.html).
- (4) www.g-e-f-a.de/fileadmin/termine_downloads/News/2010_10_26_Exportstrategie_2015/2010_10_26_PI.pdf.
- (5) www.g-e-f-a.de/fileadmin/termine_downloads/News/2010_10_26_Exportstrategie_2015/2010_10_26_PI.pdf. – Die Abkürzung BRIC steht für die Anfangsbuchstaben der vier Staaten: Brasilien, Russland, Indien und China.
- (6) <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLETE%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>.
- (7) www.euronatur.org/uploads/media/2010-03-18_Stellungnahme_WSA_zur_GAP_Reform_2014.pdf.
- (8) Agra-Europe 44/2010.
- (9) Ebd.
- (10) NDR Info 25. Oktober 2010: „Antibiotika-Einsatz bei Masthühnern steigt.“ Bericht von Ilka Steinhausen.
- (11) Ebd.
- (12) Quelle: Dr. Christian Schüler, Universität Kassel-Witzenhausen, 2010.
- (13) Umweltbundesamt 2004.
- (14) German investment funds involved in land grabbing. A research paper by Profundo prepared for FIAN Deutschland e.V.; DRAFT: 25.10.2010 und CSO Monitoring 2009–2010 „Advancing African Agriculture“ (AAA): The Impact of Europe's Policies and Practices on African Agriculture and Food Security Land Grab study. By Alison Graham et al.
- (15) www.foeeurope.org/press/2010/Nov08_Europe%27s_biofuels_plans_driving_social_environmental_destruction.html; Institute for European Environmental Policy (IEEP). November 2010: „Anticipated Indirect Land Use Change Associated with Expanded Use of Biofuels in the EU: An Analysis of Member State Performance.“ Author: Catherine Bowyer, Senior Policy Analyst (www.ieep.eu).
- (16) Ökoinstitut Freiburg 2010.
- (17) Friends of the Earth Europe (2010, August): Africa – Up For Grabs (www.foeeurope.org/press/2010/Aug30_Biofuels_for_Europe_driving_landgrabbing_Africa.html).
- (18) Taz vom 30. August 2010: „Landnahme“ in Afrika auch durch deutsche Firmen.
- (19) www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/energieszenarien_2010.pdf.
- (20) Deutsches Maiskomitee 2010 (www.maiskomitee.de).

Autorin

Reinhild Benning

Leiterin des Referats Landwirtschaft beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
E-Mail:
reinhild.benning@bund.net
www.bund.net



Globale Biopolitik in den Schulen

Das Jugendbildungsprojekt BIOPOLI der Agrar Koordination

von Mireille Hönicke

Wozu brauchen wir die biologische Vielfalt? Diese und viele andere Fragen aus dem Themenkomplex biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit behandelt das Bildungsprojekt BIOPOLI der Agrar Koordination. BIOPOLI bietet Schülerinnen und Schülern sowie jungen Erwachsenen die Möglichkeit, über den schulischen oder heimatlichen Tellerrand hinauszublicken und sich kritisch mit Themen wie Gentechnik in der Landwirtschaft, biologische Vielfalt sowie Ernährungssicherung und Weltagrarhandel auseinanderzusetzen. Mit entsprechend didaktisch aufbereiteten Bildungseinheiten soll erreicht werden, dass der Zusammenhang zwischen genetischer Vielfalt als Teil der biologischen Vielfalt und der Zukunft der Ernährungssicherung deutlich wird. Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Konflikt um die Nutzung landwirtschaftlicher Ressourcen werden aus der Sicht von Nord und Süd bearbeitet. Die Interessen internationaler Agrarkonzerne, die Verhandlungen zu den relevanten Abkommen wie der Konvention über biologische Vielfalt und die Bedeutung eines Patentrechts auf Pflanzen und Tiere stehen im Mittelpunkt einer differenzierten Aufarbeitung.

Mit den beiden Themen *Agrarkraftstoffe* und *Klimawandel & Landwirtschaft* zum Beispiel werden die Jugendlichen aufgefordert, sich über eine gerechte Nutzung unserer Weltressourcen Gedanken zu machen. Im Mittelpunkt steht die Konkurrenz um Flächen für den Anbau von Energie-, Nahrungs- und Futtermittelpflanzen und die Frage, wie wir dem Klimawandel begegnen können.

In den Unterrichtsstunden wird darüber diskutiert, was zum Verlust dieser Vielfalt beigetragen hat und wie die fortschreitende industrielle Landwirt-

schaft mit ihrer monokulturellen Ausrichtung diese weiter bedroht. Initiativen und Projekte werden vorgestellt, die zeigen, wie biologische Vielfalt auf den Feldern der Bauern erhalten wird und lokale Saatgutbanken zur Sicherung der Ernährung vor Ort beitragen. In jeder BIOPOLI-Veranstaltung werden auch Ideen zum eigenen Handeln angeboten und diskutiert. Die Jugendlichen erfahren, dass sie über ihr (Konsum-)Verhalten Einfluss auf unsere Nahrungsproduktion nehmen können.

BIOPOLI bietet Jugendgruppen und Schulklassen (ab Klasse 9) bundesweit die Möglichkeit, eigens geschulte Referentinnen und Referenten einzuladen, um in Absprache mit Lehrern und Gruppenleitern eine Schulstunde oder einen Projekttag mit Rollenspiel, Diskussion und viel Information zu gestalten. Die BIOPOLI-Themen sind nicht fachgebunden, eignen sich aber besonders für die Fächer Biologie, Politik und Ethik, Wirtschaft und Sozialkunde sowie Geografie. Bildungsmaterialien zu den BIOPOLI-Themen in Form von Arbeitsheften, CD mit Arbeitsblättern, Ausstellungen, Saatgutkoffer und Filme ergänzen das Angebot und können zur Vor- und Nachbereitung genutzt werden.

Das Jugendbildungsprojekt BIOPOLI geht erfolgreich in das sechste Jahr und hat zum dritten Mal die Auszeichnung als offizielles Projekt der UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erhalten.

Autorin

Mireille Hönicke

Agrar Koordination, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Email: info@agrarkoordination.de
www.agrarkoordination.de